„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Vor und nach Lausanne.

Die in Lausanne abgehaltene internationale Konferenz fand in der ganzen Welt aufmerksamste Beachtung. Auch die canadische öffentliche Meinung beschäftigte sich sehr lebhaft mit dem Fortgang der Verhandlungen, wie sich aus den großen Ueberschriften und den redaktionellen Artikeln der englisch canadischen Blätter ergab. Daß dabei den canadischen Leitartiklern oft recht schiefe Urteile unterlaufen sind, kann uns wohl kaum in Erstaunen versetzen, wenn man den geistigen Horizont weiter canadischer Kreise in Fragen der internationalen Politik und die ganz einseitigen und daher ungenügenden Informationsquellen bedenkt.

Jedenfalls wurde es aber seit ungefähr einem Jahr doch wohl den meisten Canadiern klar, was wir auf deutsch-canadischer Seite schon längst wußten, daß nämlich an keine durchgreifende Erholung der hiesigen Wirtschaftslage, an keine besseren Absatzmöglichkeiten für unseren gegenwärtig fast unverkäuflichen Weizenüberschuß und an keine stärkere Belebung des Welthandels zu denken ist, solange das Bleigewicht der Kriegstribute die Weltwirtschaft immer tiefer in den mörderischen Sumpf hineinzieht. Die fälschlich als „Prosperität" bezeichnete Entwicklung in den Jahren 1925 bis 1929 erwies sich als trügerische Scheinblüte. Der amerikanische Kontinent — Canada wie die Vereinigten Staaten — unterschätzte in kurzsichtiger Weise die eminent wichtige Rolle, die das „alte Europa" auch heute noch, trotz Weltkrieg und Umwälzungen aller Art, in der Weltpolitik und Weltwirtschaft spielt. Dem Prosperitätsrausch folgte ein erbärmlicher Katzenjammer. Breite Massen bis in politisch denkfähige Kreise hinein standen rat- und fassungslos da, als ihre Blütenträume wie Seifenblasen zerplatzten, als Börsenkrach, Absatzstockung, Arbeitslosenheere, Preisstürze usw. sich anmeldeten. Zunächst suchte man den Schuldigen in der eigenen Landesregierung, wie z. B. 1930 bei der liberalen Mackenzie King-Regierung in Ottawa. Dann verlegte man sich auf das Ausbrüten radikaler Allheilmittel, vernebelte sich gegenseitig die Gehirne mit marxistischem Sozialismus und Kommunismus, was im Prinzip und Endeffekt auf ein „Sowjetparadies" hinausläuft. Aber man konnte doch nicht verhindern, daß durch allen parteipolitischen Nebeldunst sich allmählich die Sonne der klaren Erkenntnis Bahn brach: Das Grundübel ist der Versailler Schandvertrag mit seinen unnatürlichen Grenzziehungen in Europa und seinem Reparationswahnsinn.

Der Lausanner Konferenz blieb es vorbehalten, in das Chaos, das die „Siegermächte" durch das Versailler Friedensdiktat angerichtet hatten, ein wenig Ordnung zu bringen. Nach dem kläglichen Mißerfolg ähnlicher internationalen Konferenzen, die seit 1918 wie Pilze aus der Erde schossen, wurde der Lausanner Konferenz kein allzu großer Optimismus entgegengebracht. Daher wird die Enttäuschung auch nicht zu bitter sein, wenn nach Lausanne keine baldige und grundlegende Besserung der Weltlage eintritt. Es ist vielleicht noch etwas zu früh, nur auf Grund der gewiß mangelhaften canadischen und amerikanischen Berichte sich ein abschließendes Urteil über das Lausanner Ergebnis bilden zu wollen. Die von der „Canadian Preß" ausgegebenen Meldungen suchen das Resultat als einen Triumph der Diplomatie des britischen Premierministers Ramsay MacDonald anzupreisen. Wir glauben jedoch, daß die ihm dargebrachten Ruhmeskränze noch nicht einmal verwelkt sein werden, wenn neue Schwierigkeiten sich auftürmen.

Was bedeutet das Ergebnis der Lausanner Konferenz? Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, kann man doch schon mit ruhigem Gewissen behaupten, daß es nur eine Kompromißlösung darstellt. Hinter den Kulissen ist von allen Diplomaten und Staatsmännern ohne Zweifel um eine Dauerlösung gerungen worden, an der die Welt das lebhafteste Interesse hätte. Doch was zum Vorschein kam, ist nur ein Hinausschieben der endgültigen Auseinandersetzung. Solange man noch um jeden Buchstaben des Versailler Vertrages kämpft, solange man sich von der Unhaltbarkeit der polnisch-deutschen Grenzziehung nicht restlos überzeugen kann, solange man noch den Schein einer deutschen Tributzahlung aufrecht zu erhalten sucht, solange man die schon längst widerlegte Kriegsschuldlüge noch zum Gegenstand heißer Debatten macht, ist auf keinen dauernden europäischen Frieden zu hoffen. Die offenen Wunden am Körper Europas und damit auch am Körper der Weltwirtschaft werden erst dann heilen, wenn die Karte Europas nach gesunden wirtschaftlichen, nationalen und politischen Gesichtspunkten neu gezeichnet ist.

Lausanne hat das verhängnisvolle Erbe des Weltkrieges nicht beseitigt, sondern nur auf eine kurze Atempause indirekt neu bestätigt. Darin liegt das Ungenügende der Lausanner Konferenz.

Kommunismus und Bekämpfung der Religion.

Der „Trud" in Moskau veröffentlicht einen Artikel des Generalsekretärs der Zentralkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzenden des Gottlosenverbandes. In dem Artikel wird ausgeführt, daß die russischen Gewerkschaften auf dem Gebiete der antireligiösen Propaganda führend sein müssen, da die Bekämpfung der kleinbürgerlichen Stimmung unter den Arbeitern ohne Kampf gegen die Religion nicht möglich sei. Der Generalsekretär weist auch darauf hin, daß unter den Sowjetarbeitern noch sehr viele Gläubige seien. Arbeitsversäumnisse an den kirchlichen Feiertagen seien noch immer zu verzeichnen. Die antireligiöse Propaganda der örtlichen Gewerkschaftsorganisationen sei keineswegs ausreichend, in vielen Fällen seien diese völlig passiv. Eine Abschwächung der antireligiösen Propaganda dürfe nicht eintreten, denn die Bekämpfung der Religion und der Kirche sei ein Bestandteil des allgemeinen Kampfes um die Durchführung des Fünfjahrplanes der Sowjetwirtschaft. Die Regierung und die Parteileitung hätten alle Machtmittel zur Hand, um der antireligiösen Propaganda des Verbandes der Gottlosen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen.

Zehn Jahre geteiltes Oberschlesien.

Im Mai waren es zehn Jahre her, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen ihren Abschluß fanden; der polnische Landtag ratifizierte das Abkommen am 24. Mai, der deutsche Reichstag am 30. Mai 1922. Im Juni 1922 verließen die Ententetruppen das Land, das seit dem Jahre 1920 von ihnen besetzt gehalten wurde. Die damals festgelegte Grenze ruft in uns erneut tiefe Trauer hervor; denn sie ist mitten durch den oberschlesischen Industriebezirk gezogen, dessen größter Teil an Polen fiel; nicht weniger als fünf Sechstel aller Kohlengruben gingen durch diesen Willkürakt dem Deutschen Reiche verloren. Ihre Kohlenerzeugung beläuft sich auf drei Viertel der jährlich geförderten Kohlenmengen Oberschlesiens und umfaßt nicht weniger als neun Zentel aller bis zu 1000 Meter Tiefe lagernden Kohlenflöze des Industriegebietes. Deutschland verlor durch diese Grenzziehung 352,931 Hektar Flächenraum mit einer Bevölkerung von 1,034,000 Seelen. Und dieses Unrecht war möglich, obwohl in den polnisch gewordenen Industrieorten über 69 Prozent aller Stimmen für Deutschland und nur knapp 34 Prozent für Polen abgegeben wurden. So hatten die größeren Orte eine überwiegend deutsche Mehrheit, zum Beispiel Kattowitz 22,774 deutsche gegenüber 3900 polnischen Stimmen, Tarnowitz 7558 deutsche gegenüber 1852 polnischen Stimmen. Jetzt hat Oberschlesien seinen Kampf um die wirtschaftliche Existenz schwerer denn je durchzufechten. Von drei Seiten von Polen und Tschechen umklammert ist es ein Bollwerk des Deutschtums im Südosten des Reiches. Trotz aller Not der Zeit weist es ein blühendes kulturelles Leben auf, das erfreulicherweise von einem mutigen und zähen Selbstbehauptungswillen getragen ist. Möge das Zehn-Jahr-Gedenken an die Zerreißung Oberschlesiens die Verbundenheit aller Deutschen mehr denn je bestärken!

Der Kulturaustausch zwischen Deutschland und England.

A.D. — Der Deutsch-Englische Kulturaustausch in Halle, der durch die erstmalige Veranstaltung eines Ferienkursus für englische Lehrer in englischer Sprache weiteren Kreisen bekannt geworden ist, veröffentlicht einen Bericht über die erfolgreiche Arbeit des letzten Jahres, aus dem zu ersehen ist, daß die mit großem Idealismus begonnene kulturelle Austauscharbeit zwischen den beiden kulturverwandten Nationen auch im abgelaufenen Jahr mit Erfolg fortgesetzt worden ist. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden die bisherigen Arbeitsgebiete weiter ausgebaut und verschiedene Neuaufgaben in Angriff genommen. So ist es dem Deutsch-Englischen Kulturaustausch gelungen, in Zusammenarbeit mit dem „Anglo-German Academic Bureau" in London einen Schüleraustausch zwischen der Mill Hill School und Halle zu organisieren, der im Laufe des August durchgeführt werden wird. Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen für den zweiten deutsch-englischen Ferienkursus, der, ähnlich wie im vorigen Jahr, für englische Lehrer und Studenten bestimmt ist, die sich in ihrer Muttersprache mit einem Ausschnitt deutscher Kultur bekanntmachen lassen wollen. Der Kursus wird wieder etwa zwei Wochen dauern und in Halle stattfinden.

Schließlich hat der Kulturaustausch noch eine Liste von Familien in Deutschland, die Ausländer als zahlende Gäste aufnehmen, aufgestellt, um auf diese Weise einem Auslandsaufenthalt eine mehr persönliche Note zu geben. Beachtenswert ist schließlich, daß außer regelmäßigen englandkundlichen Vortrags- und Ausspracheabenden auch englische Sprachkurse für Erwerbslose durchgeführt wurden. Ein Pressearchiv und eine Bücherei sind im Aufbau begriffen.

Weltumschau

Hindenburgs Botschaft an Hoover. Präsident von Hindenburg sandte an Präsident Hoover eine freundschaftliche Botschaft im Zusammenhang mit dem Vorschlage des amerikanischen Präsidenten für Verminderung der Rüstungen. Die Botschaft besagt:

„Ich hoffe, daß die Bande der Freundschaft, die zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke bereits bestehen, weiter gefestigt werden. Gleichzeitig hoffe ich zuversichtlich, der durch Ihre edelsinnige Botschaft an die Abrüstungskonferenz eingeleitete Schritt möge gekrönt sein von vollständigem Erfolg entlang den Richtlinien wahrer Befriedung der Völker."

Von dem Reichspräsidenten wurden in seiner Botschaft auch herzliche Wünsche für Präsident Hoovers persönliches Wohlergehen und die Prosperität der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht.

Arbeitszwang für die deutsche Jugend. Eine Million deutscher Kriegsveteranen hat sich entschlossen, die stellungslose Jugend von den politisch verseuchten Gassen zu nehmen und produktiv zu beschäftigen, erklärte Franz Seldte, der Führer des deutschen „Stahlhelm." Seldte tritt offen für Arbeitspflicht oder Arbeitszwang ein. Die deutsche Jugend, die auf dem besten Wege sei, dem Kommunismus anheimzufallen, müsse wieder ein Handwerk lernen. Disziplin und Ordnung müßten wiederkehren.

„Zwangsarbeit ist," wie Seldte weiter ausführte, „nur eine Notmaßnahme. Die Personen, die auf diese Weise beschäftigt werden, sollen der Privatindustrie keine Konkurrenz machen. Berücksichtigen Sie, daß Deutschland noch 6,000,000 Morgen freies anbaufähiges Land hat, das von Zwangsarbeitern behaut werden könnte! Weitere 17,250,000 Morgen könnten durch Kanäle fruchtbarer gemacht werden. In Erntezeiten herrscht immer noch Mangel an Farmarbeitern. Diese jungen stellungslosen Leute könnten hier helfend einspringen. Alle Vorsichtsmaßnahmen müssen jedoch getroffen werden, damit der Staat allein Vorteile aus diesem Arbeitszwang zieht."

Seldte ist der Ansicht, daß vorerst 2,300,000 arbeitslose Jünglinge eingezogen werden könnten. Sie sollten in Baracken untergebracht werden wie die Soldaten vor dem Kriege. Ihre Waffen sollten Hauen und Schaufeln sein.

Danzig jubelt deutscher Flotte zu. Von einer jubelnden Bevölkerung wurde in Danzig das deutsche Linienschiff „Schlesien", das, von zwei Torpedobooten begleitet, in den Hafen eindampfte, begrüßt. Die ganze Stadt war in Flaggenschmuck gehüllt, als die Kriegsschiffe als Zeichen der engen Verbundenheit zwischen der durch den Schmachfrieden von Versailles vom Reiche losgetrennten urdeutschen Stadt und dem Vaterlande hier eintrafen.

Vizeadmiral Förster, der Kommandant des Geschwaders, stattete den Danziger Behörden und auch dem Völkerbundskommissar, Graf Gravina, einen Besuch ab, während er die polnischen Behörden, die gegen diesen Besuch gehetzt hatten und ihn zu verhindern versuchten, ignorierte.

Polen hat den Besuch der deutschen Kriegsschiffe in Danzig für taktlos erklärt und sieht darin eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland.

Der Kampf um das Saargebiet. Gegen die Versuche französischer Kreise, das Saargebiet als Tributobjekt zu betrachten und das Saarstatut ohne Volksabstimmung in seiner gegenwärtigen Form zu verlängern, wendet sich der Landesrat des Saarlandes in einer scharfen Entschließung: Nach dem Willen der gesamten Bevölkerung dürfe die Saarfrage nicht anders als so gelöst werden, daß das gesamte Saargebiet politisch und wirtschaftlich vorbehaltlos dem Deutschen Reich wieder eingegliedert werde. Spätestens müsse dies im Jahre 1935, dem Zeitpunkt der Volksabstimmung, geschehen. Die Saarbevölkerung werde sich unter keinen Umständen ihr Recht auf politische Selbstbestimmung in irgendeiner Weise beeinträchtigen lassen.

Die Entschließung wurde von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialisten angenommen. Die Sozialisten gaben eine Sondererklärung ab, die zeigt, daß sie auch in dieser Frage die Parteipolitik vor das Vaterland stellen. Auch sie sprechen sich zwar für die Rückgliederung des Saargebietes aus, erklären aber gegenüber der Reichsregierung, daß sie jedes Verlassen oder Abweichen von der „republikanischen außenpolitischen Linie" der deutsch-französischen und internationalen Verständigung für eine Gefährdung der Bestrebungen der deutschen Saar hielten.

Frankreichs Finanzschwierigkeiten. Premier Herriot begann einen energischen Kampf zur Rettung seiner Finanzvorlage, die darauf abzielt, durch eine Einsparung von beinahe $20,000,000 das diesjährige französische Budget auszugleichen. Er wohnte einer Kabinettssitzung bei und erließ einen Appell an die Nation und das Parlament, festen Mutes die nötigen finanziellen Opfer hinzunehmen.

Die Radikalsozialisten, die eigene Partei des Premier, hat den Kurs Herriots gutgeheißen, der auf eine gewisse Beschränkung des Flottenbauprogramms wie auf die Senkung der Gehälter der Staatsbeamten vom Präsidenten der Republik abwärts abzielt.

Etliche 600 Staatsangestellte hielten eine Demonstration vor dem Kammergebäude, dem alten Palais Bourbon, gegen die geplante Gehaltssenkung von 5 Prozent ab. Sie wurden aber rasch von der Polizei auseinandergetrieben, nachdem 300 derselben vorübergehend festgenommen worden waren. Mehr als 150 Personen wurden zur Prüfung ihrer Identifizierungspapiere von der Polizei in den Revierwachen eingebracht.

Briands letzte Ruhestätte. Die Leiche Aristide Briands wurde in der Gruft in der Nähe seines alten Landsitzes beigesetzt. Vom Passy Friedhof in Paris nach Cocherel gebracht, wo sie temporär nach einem imposanten staatlichen Trauerzug für den langjährigen Außenminister und „Friedensapostel" seit dem 12. März geruht, wurde sie in der Gruft, die Briand selbst als seine letzte Ruhestätte bezeichnet hatte, beigesetzt.

Frank B. Kellogg, der damalige amerikanische Staatssekretär, welcher zusammen mit Briand den Kriegsverzichtungspakt — bekannt als Pariser Vertrag — ausgearbeitet hatte, nahm an den Begräbnisfeierlichkeiten teil, bei denen Premier Herriot die Leichenrede hielt.

„Nie zuvor habe ich den Wert Ihres Rates und Ihres Beispiels so tief empfunden, als gerade jetzt, da Verhandlungen im Gang sind, die, wie ich hoffe und glaube, dazu beitragen werden, Europa und die ganze Welt zu befrieden." So erklärte Herriot, sein Angesicht dem Sarge zugewandt.

„Von dieser Stelle aus", fuhr der Redner fort, „kann ich mich am besten an die Völker wenden und an sie appellieren, sich mit Entsetzen von denen abzuwenden, die zu Gewalt raten, ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß das Frankreich, das von Ihnen (Briand) so lange vertreten war, nichts sehnlicher wünscht, als daß alle Nationen, groß und klein, in Gerechtigkeit und Frieden zusammenarbeiten für eine allgemeine Völkerannäherung."

Ein großer unbehauener Granitblock mit der einfachen Namensinschrift des Staatsmanns bezeichnet die Grabstätte eines der größten Söhne Frankreichs. Später soll hier ein Denkmal errichtet werden, um die Vorübergehenden daran zu gemahnen, daß hier ein „Pilger des Friedens" den ewigen Schlummer schläft. Bereits hat sich unter dem Ehren-Vorsitz des Präsidenten Albert Lebrun ein Ausschuß gebildet zur Sammlung von Geldern für diesen Zweck.

England geht scharf gegen Irland vor. Das britische Unterhaus ermächtigte mit 223 gegen 31 Stimmen die britische Regierung zur Auferlegung eines 100-prozentigen Zolles auf alle Einfuhren aus Irland. Der Zollvorschlag wurde dem Parlament unterbreitet als Wiedervergeltung für Eamon de Valeras Weigerung, die halbjährige Rate von etwa $11,000,000 für Landpachtzins an England zu zahlen.

Kurze Zeit später kam jedoch ein etwas freundlicherer Ton in die Debatte, als Dominiensekretär Thomas bekanntgab, er sei unterrichtet worden, daß der irische Freistaat den England zustehenden Landpachtzins in einen separaten Fonds zahlt, bis der Disput über die Frage beigelegt ist. Thomas sagte, daß dies den Fall wesentlich vereinfache und nur die Frage der Form des Schlichtungstribunals offen läßt.

England und Irland haben sich bereit erklärt, über den Landpachtzins zu unterhandeln, der Zahlungen für jenes Land darstellt, das größtenteils von englischen Eigentümern irischen Pächtern überlassen wurde. Die Schuld wurde von der britischen Regierung finanziert und hat den englisch-irischen Vertrag von 1921 zum Gegenstand. England wünscht zur Entscheidung ein britisches Tribunal und der Freistaat besteht auf einem internationalen Ausschuß. Thomas behauptete seinen Standpunkt, wobei er erklärte, die britische Regierung würde nicht erlauben, daß sich „Ausländer mit einer einheimischen Angelegenheit" abgeben.

Neue amerikanische Partei. In Kansas City wurde Oberst Frank E. Webb von San Francisco zum Präsidentschafts-Kandidaten der neuen „Freiheits-Partei" (Liberty Party) nominiert, die von der „Einheitskonvention" als eine Koalitions-Partei ins Leben gerufen wurde. Als Kandidat für das Vizepräsidentenamt wurde, ebenfalls durch Zuruf, Andrew Nordskog, Führer der „Freiheits-Partei" in Los Angeles, nominiert. Von namentlicher Abstimmung wurde abgesehen, nachdem mehr als Zweidrittel der Delegaten sich für die Wahl der Beiden erklärt hatte.

Die Konvention fand unter der Leitung von Roland E. Bruner von Kansas City, Mitglied des Nationalausschusses der „Freiheits-Partei", statt. Er äußerte sich dahin, daß durch eine Plattform für Barzahlung des Soldatenbonus und Inflation der Währung den beiden herrschenden Parteien, Republikanern und Demokraten, erfolgreich begegnet werden könne. Eine Plattform in diesem Sinne wurde bereits angenommen. Konventionsführer erklärten, daß Delegaten von rund 20 Staaten zur Konvention erschienen seien.

Der Vorsitzende bemerkte: „Die einzige Frage ist jene des Geldes. Leute essen aus den Abfallkübeln. Sie kämpfen um Nahrung. Laßt uns zusammenhalten! Es ist dies der einzige Weg, um das Land zu retten."

Aus der Wildnis Australiens befreit. Der deutsche Fliegerhauptmann Hans Bertram und sein Mechaniker Clausmann, die seit 17. Mai vermißt wurden, wurden in der australischen Wildnis aufgefunden, wie schon kurz berichtet. An dem genannten Tage waren sie in Bertrams Flugzeug nach Darwin aufgestiegen, erreichten aber nicht ihren Bestimmungsort und wurden als verloren aufgegeben, nachdem eingehende Nachforschungen keine Spur der Vermißten ergeben hatten.

Vor zwei Wochen überbrachten Eingeborene einem Missionär ein Taschentuch und ein Zigarettenetui mit Bertrams Initialen. Sie sagten, sie hätten die Gegenstände ungefähr 100 Meilen nördlich von Wyndham gefunden, wo sie auch auf Fußspuren zweier Männer in südlicher Richtung gestoßen wären. Diese Kunde spornte zu neuen Nachforschungen an. Das verlassene Flugzeug wurde dann aufgefunden und enthielt eine Botschaft, daß der Flieger und sein Gefährte die Buschwildnis kreuzen wollten.

Befürchtet wurde, daß sie von feindlichen Eingeborenen ermordet seien, doch wurden die Nachforschungen fortgesetzt. Mittlerweile hatte ein gastfreundlicher Stamm der Eingeborenen die beiden Männer angetroffen, sie mit Lebensmitteln versorgt und dann einen Boten ausgesandt, um die nächsten Behörden zu benachrichtigen. Der eingeborene Sendbote brachte eine Hilfsexpedition zur Stelle. Die Retter fanden Bertram und seinen Gefährten nahezu verhungert und in Lumpen gehüllt. Bertram teilte mit, sie seien durch einen schweren Sturm niedergezwungen worden und hätten bei ihrer Notlandung nur einen geringen Vorrat von Lebensmitteln in Sicherheit bringen können. Beide hatten versucht, von der Insel, wo sie gelandet waren, auf einem Floß das Festland zu erreichen, waren aber durch ihre Anstrengungen derart geschwächt, daß sie ihr Vorhaben aufgeben mußten und jeden Tag nur eine Stunde für die Suche nach Beistand verwenden konnten.

Alles organisiert sich.

Der Deutsche liebt es, sich zu organisieren. Man hat über seine Vereinsmeierei oft genug gespottet. Insbesondere in dem Jahrzehnt nach dem Krieg schossen Vereine, Verbände und „Reichsverbände" überall wie Pilze aus dem Boden. Eigentlich darf man sich daher nicht wundern, wenn sich jetzt auch die „Tippelbrüder", die Landstreicher, zusammenzuschließen beginnen. Da der Deutsche alles gründlich tut, wurden gleich zwei solcher Verbände gegründet, der „Reichsverband der Deutschen Tippelbrüder" und der „Stuttgarter Verband Deutscher Ritter von der Landstraße", und da der Deutsche sich gegenseitig bekämpfen muß, stehen beide natürlich im Gegensatz zu einander. Und — wie könnte es anders sein: selbstverständlich spielt auch die Politik dabei eine Rolle.

Der „Reichsverband Deutscher Tippelbrüder" hielt in Hamburg in Anwesenheit von ein paar hundert Brüdern von der Landstraße seinen ersten Kongreß ab. Es wurden gutgemeinte Forderungen dabei vorgetragen. Da den Tippelbrüdern die ewige Bekanntschaft mit Obdachlosenasylen und Polizei über ist, wollen sie sich aus regelmäßigen Groschenbeiträgen Eigenheime schaffen und für diese auf gepachtetem Land den Bedarf an Kartoffeln und Gemüse selbst bauen. Doch sehr weit kam es nicht, denn auf dem Hamburger Kongreß gab es Lärm. Eine kommunistische Gruppe suchte im Trüben zu fischen, lehnte alle Ziele der Verbandsleitung ab und verlangte lediglich staatliche Hilfe für die „Kunden". Nach endlosen Aussprachen flog die Versammlung schließlich auf, und als man unter neuer kommunistischer Leitung den Kongreß fortsetzen wollte, griff die Polizei ein und ließ den Versammlungssaal räumen.

Aus den selbstgebauten Kartoffeln wird nun für's erste wohl nichts werden, und es ist anzunehmen, daß es auf den zehn für die beiden nächsten Monate in allen Teilen Deutschlands geplanten ähnlichen Kongressen nicht viel friedlicher hergehen wird. Das Ganze hat bei aller mißglückten Vereinsmeierei aber doch einen sehr ernsten und tragischen Zug: Die Zahl der auf deutschen Landstraßen von Ort zu Ort Ziehenden ist auf annähernd eine Million angewachsen, und von Wanderburschenromantik hat die Not unserer Tage nicht viel Erfreuliches mehr übrig gelassen.

Die schnellsten deutschen Züge

Berlin-Hamburg jetzt mit 96,1 km. Durchschnittsgeschwindigkeit in der Stunde.

RDV. An demselben Tage, da auf der Avus in Berlin das Internationale Autorennen des A. D. A. C. stattfand und Rekorde an Höchstgeschwindigkeiten vor einer Zuschauermenge von Hunderttausenden erzielt wurden, hat — kaum beachtet von der Außenwelt — auch die Deutsche Reichsbahn einen Rekord an Schnelligkeit zu verzeichnen gehabt, dem ein paar Worte zu widmen es sich wohl lohnt.

Ein Geschwindigkeitsvergleich der schnellsten deutschen Züge in den letzten Jahren zeigt, daß die Deutsche Reichsbahn von einem Sommerfahrplan zum anderen stetig die Schnelligkeit des Personenverkehrs in seinen Spitzenleistungen steigern konnte. In diesem Jahre weist der neue Fahrplan Verbesserungen auf, die bezüglich der Schnelligkeit und Leistungsfähigkeit keinen Vergleich mit anderen europäischen Eisenbahngesellschaften mehr zu scheuen brauchen. An der Spitze der schnellsten deutschen Züge steht jetzt der Berlin-Hamburger FD-Zug, der für die 286,8 Kilometer lange Strecke ohne Zwischenaufenthalt nur 179 Minuten, und von Hamburg nach Berlin 180 Minuten braucht. Die ganze Entfernung wird demnach mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 96,1 resp. 95,6 Kilometer in der Stunde zurückgelegt; die hierbei erreichten Höchstgeschwindigkeiten liegen zwischen 110 und 120 Kilometer. Die Steigerung der Geschwindigkeit ist durch eine Neuregelung des Signalsystems ermöglicht worden, die einem neuen Triebwagenverkehr auf der Strecke Berlin-Hamburg, für den zur Zeit Versuche aufgestellt werden, dient.

Die Durchschnittsgeschwindigkeit von 96,1 Kilometer in der Stunde auf eine relativ so große Entfernung darf wohl als eine Rekordleistung im Eisenbahnverkehr bezeichnet werden.

Hindenburg geht in Sommerferien.

Berlin. — Ohne erst die Rückkehr des Reichskanzlers von Papen von der Reparationskonferenz in Lausanne abzuwarten, hat Reichspräsident von Hindenburg die Reise nach seinem Landsitz Neudeck in Ostpreußen angetreten, wo er die Sommerferien zu verbringen beabsichtigt. Er ist von seinem Sohn und Adjutanten, dem Oberleutnant Oskar von Hindenburg, begleitet.

Protestzug der rumänischen Aussätzigen.

Wien. — Depeschen aus Bukarest melden, daß 25 Aussätzige der abgesperrten Kolonie bei Tichilesti den angedrohten „Marsch nach Bukarest" unternahmen und bei ihrem Einzug in die Ortschaft Jiaccea eine Panik unter den Bewohnern verursacht haben. Auf die Schreckenskunde von ihrem Anmarsch haben Bewohner anderer Orte ihre Häuser verschlossen.

Die Teilnehmer an dem Marsch nach Bukarest waren in schrecklichem Zustand, in Lumpen gehüllt und dem Verhungern nahe. Nahrungsmittel wurden ihnen aus den Häuserfenstern zugeworfen. Die Aussätzigen-Kolonie befindet sich seit Monaten in größter Notlage und der einzige Arzt am Platze, der vor 10 Tagen zur Beschaffung von Geldmitteln nach Bukarest reiste, ist bisher noch nicht zurückgekehrt. Dem Provinzgouverneur ist es mit Beistand der Militärbehörden schließlich gelungen, die Aussätzigen nach der Kolonie zurückzubringen.